



Newsletter der Rechtsanwaltskammer München

Ausgabe Nr. 11/2008, Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

- [Dekra-Zertifikat](#)
- [2. Opferrechtsreformgesetz](#)
- [GEZ-Gebühren für gewerblichen Internet-PC](#)
- [Tagung "Grundfragen des GmbH-Rechts"](#)
- [Convention des Avocats du Monde](#)
- [Telefonischer Beratungsservice](#)
- [Anforderung an Leistungsbeschreibung](#)
- [Rechtsanwältin gesucht](#)
- [Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen Berufsrecht](#)
- [Bündnis für das deutsche Recht](#)
- [Änderung von § 160a StPO](#)
- [Grenzüberschreitende Forderungsdurchsetzung und Zustellung](#)
- [Gewerbliche Infektion durch Angestellte](#)
- [ERV an den LG Freiburg und Stuttgart](#)
- [Mitteilungsblatt IV/2008](#)
- [Relaunch der Homepage](#)

Dekra-Zertifikat

Wie der [Tagesspiegel](#) bereits in seiner gedruckten Ausgabe vom 10.11.2008 berichtete, bietet die DEKRA Certification GmbH in Kooperation mit dem Deutschen Anwalts Zentrum eine Zertifizierung für Juristen (derzeit nur) auf dem Gebiet des Arbeitsrechts an. Diese Zertifizierung steht erkennbar in Konkurrenz zu dem System der Fachanwaltschaften. Die Voraussetzungen für die Zertifizierung liegen allerdings deutlich unter denen, die die Fachanwaltsordnung vorschreibt.

Zwei Kölner Kollegen sind wettbewerbsrechtlich gegen die Kooperation vorgegangen. Im einstweiligen Verfügungsverfahren mit dem Az. 33 O 353/08 hat das Landgericht Köln am 12.11.2008 angeordnet, die Antragsgegner hätten den Versand der bisherigen Werbeschreiben zu unterlassen. Gegen den Beschluss wurde Widerspruch eingelegt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

2. Opferrechtsreformgesetz

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hat am 2.12. den Entwurf eines [2. Opferrechtsreformgesetzes](#) auf den Weg gebracht. Der Vorschlag schließt inhaltlich an frühere Gesetzesänderungen an und verfolgt das Ziel, Opfer und Zeugen von Straftaten noch besser zu schützen und ihre Rechte im Strafverfahren zu stärken. Darin wird die Befugnis zur jederzeitigen Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts als Zeugenbeistand - ein Recht, das bereits durch höchstrichterliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anerkannt ist -, erstmalig gesetzlich verankert. Zudem wird die Möglichkeit für besonders schutzbedürftige Zeugen, einen anwaltlichen Beistand beigeordnet zu erhalten, sinnvoll erweitert (§ 68b StPO). Der Gesetzentwurf wurde an die Ressorts zur Stellungnahme versandt. Das Bundeskabinett wird sich voraussichtlich im Februar 2009 damit befassen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

GEZ-Gebühren für gewerblichen Internet-PC

Die gewerbliche Nutzung eines internetfähigen PCs berechtigt die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) nicht dazu, den Inhaber des Computers zu Rundfunkgebühren heranzuziehen. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hat klargestellt, dass es hierfür an einer Rechtsgrundlage fehle. Damit war die Klage eines Eltvillers, der sich gegen die Gebührenerhebung gewandt hatte, erfolgreich (Urteil vom 19.11.2008, Az.: 5 E 243/08.WI).

Die Kzl. Rosenow & Tiemann teilte überdies in einer Pressemitteilung mit, auch das VG München habe mit Urteil vom 17.12.2008 (Az.: M6b K 08.3504) einen gegen die Kanzlei gerichteten Gebührenbescheid aufgehoben. Die Urteilsgründe würden auf Anfrage (patrick.rosenow@rosenow-tiemann.de) gerne übersandt, sobald sie vorliegen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Tagung "Grundfragen des GmbH-Rechts"

Die Forschungsstelle für Notarrecht veranstaltet am 4. Februar 2009 in der Ludwig-Maximilians-Universität, Geschwister-Scholl-Platz 1, Raum D 209 (2. Obergeschoss), eine Tagung zum Thema

„Grundfragen des GmbH-Rechts“.

Referenten sind Professor Dr. Holger Altmeppen aus Passau zum Thema „Das neue Kapitalersatzrecht“, Professor Dr. Hans-Joachim Priester aus Hamburg zu „Das neue Kapitalaufbringungsrecht“ sowie Notar Dr. Sebastian Spiegelberger

aus Rosenheim zu "Die Gestaltungsvarianten der GmbH & Co KG - Gesellschafts- und Steuerrecht".

Beginn der Veranstaltung ist 16.00 Uhr s.t.

Die Teilnahme steht jedem Interessierten offen; es wird kein Teilnahmebeitrag erhoben.

Anmeldungen sind erbeten an die Forschungsstelle für Notarrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Telefax 089/2180-13981, E-Mail: FS-Notarrecht@jura.uni-muenchen.de. Weitere Informationen über die Einrichtung finden Sie unter www.notarrechtsinstitut.de.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Convention des Avocats du Monde

Am 06.12.2008 wurde in Paris durch die Teilnehmer der jährlich stattfindenden Rentrée, darunter die Rechtsanwaltskammer München, die [hier](#) abrufbare gemeinsame Erklärung unterzeichnet.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Telefonischer Beratungsservice

Aufgrund des Feiertages am 06.01.2009 findet der telefonische Beratungsservice für Gebührenrecht am Mittwoch den 07.01.2009 statt.

Grundsätzlich berät Rechtsfachwirtin Sabine Jungbauer jeden Dienstag von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr bei gebührenrechtlichen Problemen unter der Telefonnummer 089/54 40 37-84.

Die Telefonberatung für Berufsrecht findet jeden Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr statt. Am 24.12.2008 entfällt der Beratungsdienst. Die zusätzliche Telefonnummer der Kammer für diesen Dienst lautet: 089/54 40 37 84.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Anforderung an Leistungsbeschreibung

In seinem Urteil [vom 8.10.2008](#) entschied der BFH die Anforderungen an die Leistungsbeschreibung in Rechnungen, die Umsatzsteuer ausweisen und an Vorsteuerabzugsberechtigte gerichtet sind (Az. V R 59/07). So soll die Leistungsbeschreibung "für technische Beratung und Kontrolle im Jahr 1996" nicht dazu ausreichen, die damit abgerechnete Leistung zu identifizieren, wenn diese sich weder aus den weiteren Angaben in der Rechnung noch aus ggf. in Bezug genommenen Geschäftsunterlagen weiter konkretisieren lässt. Die

Klägerin durfte somit die in der Rechnung ausgewiesene Steuer nicht als Vorsteuerbetrag abziehen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Rechtsanwältin gesucht

In Vorbereitung eines TV-Formates der UFA wird durch die Firma Tröber Casting eine junge Rechtsanwältin im Alter von Anfang bis Mitte 30 gesucht. Sie sollte sympathisch, dynamisch und kraftvoll wirken. Das in Planung befindliche tägliche TV-Format soll von dieser Rechtsanwältin, ihrem Alltag in der Kanzlei und im Gerichtssaal handeln. Dabei soll auch der Kontakt zu den Mandanten thematisiert werden.

Die TV-Rolle stellt eine Vollzeitbeschäftigung dar. Es ist geplant, im Frühjahr 2009 einen Pilotfilm zu drehen und Mitte des Jahres (Juni/Juli) mit dem Dreh der ersten Staffel zu beginnen. Bei Interesse schicken Sie bitte ein Foto und einen aussagekräftigen Lebenslauf an

Tröber Casting Nina Griem und Nadine von Volkmann
Naunynstrasse 68
10997 Berlin

Tel: 030-612035-67/68
Fax: 030-612035-69
office@troeber-casting.de
www.troeber-casting.de

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen Berufsrecht

Die BRAK hat mit der [BRAK-Stellungnahme-Nr. 45/2008](#) zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung, der Finanzgerichtsordnung und kostenrechtlicher Vorschriften ([BR-Drucks. 700/08](#)) Stellung genommen. Darin begrüßte die BRAK, dass der vorgelegte Entwurf nun die grundsätzliche Anwendung der VwGO in gerichtlichen Verwaltungsverfahren in Anwaltssachen sowie des VwVfG für außergerichtliche Verfahren vorsieht. Einen entsprechenden Vorschlag hatte die BRAK bereits im Jahre 2001 unterbreitet. Auf Zustimmung stieß auch der ebenfalls von der BRAK angestoßene Vorschlag zur Einführung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft.



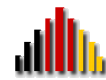
[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bündnis für das deutsche Recht

Die [Broschüre „Law - Made in Germany“](#) - herausgegeben von der Bundesrechtsanwaltskammer, dem Deutschen Anwaltverein, der Bundesnotarkammer, dem Deutschen Notarverein und dem Deutschen Richterbund - ist nun bestellbar unter http://www.lawmadeingermany.de/best_form/bestellung.php. Die Broschüre richtet sich an deutsche, insbes. aber auch an ausländische Unternehmen, für deren Investitionen und Verträge das deutsche Recht einen optimalen Rahmen bietet.

Zum Thema Rechtsstaatsförderung in der Außenpolitik veranstaltet das Auswärtige Amt im Rahmen seines [21. Forums Globale Fragen](#) am 15.01.2009 eine Konferenz „Der Rechtsstaat – Patentrezept für alle Welt?“ Das Programm finden Sie [hier](#).



[BRÄK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Änderung von § 160a StPO

Die FDP-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung der Strafprozessordnung (§ 160a StPO - [BT-Drucks. 16/11170](#)) vorgelegt. Der Entwurf will die unterschiedliche Behandlung der nicht selbst beschuldigten Berufsgeheimnisträger beim Schutz vor Ermittlungsmaßnahmen beenden. Der Entwurf sieht für Rechtsanwälte ein einheitliches Verbot staatlicher Überwachungsmaßnahmen vor. Die Trennung in Strafverteidiger und normale Rechtsanwälte soll aufgegeben werden. Nach geltendem Recht haben Rechtsanwälte, die nicht Strafverteidiger sind, kein absolutes Zeugnisverweigerungsrecht. In einer Verhältnismäßigkeitsprüfung wird entschieden, ob Rechtsanwälte von der Polizei oder Staatsanwalt gezwungen werden können, auszusagen. Diese unterschiedliche Behandlung von Anwälten und Strafverteidigern verkenne nach Auffassung der FDP die verfassungsrechtliche Stellung von Rechtsanwälten. Wenn Mandanten befürchten müssten, dass Ermittlungsmaßnahmen gegen ihren Anwalt als verhältnismäßig angesehen werden könnten, würden sie ihrem Anwalt kritische Informationen nicht mehr anvertrauen. Dies entspricht der Auffassung der BRÄK, die die Aufteilung in Strafverteidiger und andere Rechtsanwälte wiederholt kritisiert hatte.



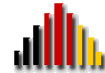
[BRÄK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Grenzüberschreitende Forderungsdurchsetzung und Zustellung

Das Gesetz zur Verbesserung der grenzüberschreitenden

Forderungsdurchsetzung und Zustellung ist am 04.11.2008 im [BGBl. 2008, S. 2122 ff.](#) verkündet worden. Die Vorschriften zur Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen nach der [Zustellungsverordnung \(EG\) Nr. 1393/2007](#) sind zum Teil am 13.11.2008 in Kraft getreten. Die Vorschriften, mit denen das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen nach der [Verordnung \(EG\) Nr. 861/2007](#) umgesetzt wird, treten am 01.01.2009 in Kraft. Die restlichen Vorschriften (u.a. Umsetzungsvorschriften zum [europäischen Mahnverfahren nach der Verordnung \(EG\) Nr. 1896/2006](#)), traten am 12.12.2008 in Kraft.

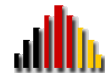


[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gewerbliche Infektion durch Angestellte

Nach dem BFH-Urteil v. 08.10.2008 (AZ: VIII R 53/07, abrufbar unter www.bundesfinanzhof.de) können die Einkünfte einer Anwaltssozietät in freiberufliche und gewerbliche Einkünfte aufzuteilen sein, wenn ein angestellter Rechtsanwalt einzelne Mandate eigenverantwortlich und leitend ausführt und seine Tätigkeit deutlich getrennt von der Tätigkeit der Sozien ausführt. Damit macht der BFH anscheinend eine deutliche Kehrtwendung von seiner bislang in dieser Frage für Rechtsanwälte eher ungünstigen Rechtsprechung.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

ERV an den LG Freiburg und Stuttgart

Ein weiterer Schritt wurde im [Elektronischen Rechtsverkehr \(ERV\)](#) getan. Seit dem 01.12.2008 besteht in Baden-Württemberg die Möglichkeit, den Rechtsverkehr in sämtlichen Zivilverfahren - neben dem Landgericht Mannheim - auch an den Landgerichten Freiburg und Stuttgart ausschließlich elektronisch abzuwickeln. Die gilt auch für Verfahren vor der Kammer für Handelssachen. Über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP – www.egvp.de) kann elektronische Post verschickt und empfangen werden. Voraussetzung hierfür ist der Einsatz einer Signaturkarte.



[BRAK](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Das Mitteilungsblatt IV/2008 der Rechtsanwaltskammer München finden Sie [hier](#).

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Relaunch der Homepage

Die Rechtsanwaltskammer München präsentiert sich im Internet im neuen Gewand. Die bewährten Inhalte und Funktionen wurden beibehalten. Einen Eindruck erhalten Sie unter www.rak-muenchen.de.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Die Rechtsanwaltskammer München wünscht Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten

*Rutsch
ins neue Jahr
2009!*



<p>Impressum Rechtsanwaltskammer München, Tal 33, 80331 München, Tel: 089/53 29 44-50, Fax: 089/53 29 44-950, E-Mail: newsletter@rak- muenchen.de</p> <p>Redaktion und Bearbeitung: RA Alexander Siegmund</p>	<p>Sollten Sie den Newsletter abbestellen wollen, klicken Sie bitte hier und senden Sie uns eine kurze E-Mail mit dem Betreff: "Abbestellung".</p>
--	--